

# Das Berufsbeamtentum erhalten und schützen – aus Verantwortung für Demokratie und Rechtsstaat

Von Rainer Wendt, DPoIG-Bundesvorsitzender

In wenigen Wochen werden die Delegierten des 26. Bundeskongresses der DPoIG in Berlin zusammentreffen. Dieses herausragende Ereignis findet alle fünf Jahre statt und stellt die Weichen für die Zukunft unserer Gewerkschaft. Coronabedingt konnte der letzte Kongress lediglich digital durchgeführt werden – umso bedeutsamer ist es, dass sich die Repräsentantinnen und Repräsentanten aller Verbände nun wieder persönlich begegnen, um die kommenden Herausforderungen zu beraten, Anträge zu verabschieden und eine neue Bundesleitung und Beauftragte zu wählen.

Die Aufgaben der Zukunft werden nicht einfacher – im Gegenteil. Die Angriffe auf das Berufsbeamtentum haben zugenommen und werden von manchen politischen Kräften mit zunehmender Schärfe geführt. Sachliche Argumente prallen oft ab, wenn Ideologie das Handeln bestimmt. Das Berufsbeamtentum ist vor allem denjenigen ein Dorn im Auge, die die unparteiische Arbeit der Beamtenschaft von Recht und Gesetz lösen und parteipolitischen Erwartungen unterwerfen wollen.

Die Vorarbeit dazu ist längst geleistet. Immer unverhohlener platzieren politische Parteien ihre Funktionäre in Schlüsselpositionen und rühmen sich öffentlich, dort „gute Leute“ untergebracht zu haben, von denen sie selbstverständlich auch „Ergebnisse“ erwarten. Eine solche Einflussnahme widerspricht klar dem Grundgesetz und greift das Fundament neutraler Verwaltung an. Auch in der Justiz ist zunehmender politischer Druck leider spürbar.

Das Bundesdisziplinalgesetz war in dieser Entwicklung ein weiterer Coup. Offiziell sollte es Disziplinarverfahren beschleunigen und Extremisten aus dem öffentlichen Dienst entfernen. Tatsächlich aber dient es als Instrument der Einschüchterung und führt zu einer schleichenden Aushöhlung des Lebenszeitprinzips. Kein Wunder, dass mehrere Landesregierungen diesem schlechten Beispiel folgten und dies auch in ihrem Land installieren wollen.

Den Beteuerungen, das Berufsbeamtentum solle in der Polizei erhalten bleiben, darf man nur eingeschränkt Glauben schenken. Es wäre ein Beamtentum, das ohne verfassungsmäßige Besoldung, ohne eigenständige Versorgung und ohne wirksame Schutzrechte seine Grundlage verliert. Übrig blieben Pflichten ohne Rechte – ein Zu-

stand, der die Beschäftigten der Willkür politischer Entscheidungsträger ausliefert.

Der dbb beamtenbund und tarifunion und die DPoIG werden daher auch in Zukunft gefordert sein, dieser Entwicklung entschlossen entgegenzutreten. Das Berufsbeamtentum zu erhalten, bedeutet, die Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaates und die Demokratie zu schützen und die Unabhängigkeit der Beamtenschaft und der gesamten öffentlichen Verwaltung zu bewahren.

Ich bin zuversichtlich, dass dies gelingen kann. Die DPoIG mit ihren mehr als 100 000 Mitgliedern ist und bleibt eine starke Stimme – bei Regierungen, in Parlamenten und im dbb. Einige Mitglieder der Bundesleitung werden nicht erneut kandidieren. Auch ich werde nach mehr als 25 Jahren in der Bundesleitung und rund 19 Jahren als Bundesvorsitzender ausscheiden.

Deshalb bleibt mir vor allem Dank zu sagen – für das große Vertrauen, das mir in vielen Jahren entgegengebracht wurde. Die DPoIG hat in dieser Zeit eine beeindruckende positive Entwicklung genommen. Das ist der gemeinschaftliche Erfolg eines Teams, das stets kameradschaftlich und vertrauensvoll zusammengearbeitet hat.

Ein Erfolgsrezept, das ich auch der künftigen Führung wünsche.



© Windmüller